

PRESSEMITTEILUNG

25. Oktober 2022

Ergebnisse der Umfrage zum Kreditgeschäft im Euro-Währungsgebiet vom Oktober 2022

- Deutlich verschärfte Richtlinien für Kredite an private Haushalte und Unternehmen
- Kreditnachfrage der Unternehmen wegen hoher Vorleistungskosten und Aufbau von Lagerbeständen gestiegen
- Kreditnachfrage der privaten Haushalte angesichts höherer Zinsen und eines geringeren Vertrauens gesunken

Laut der Umfrage zum Kreditgeschäft im Euro-Währungsgebiet vom Oktober 2022 wurden die Kreditrichtlinien (d. h. die internen Richtlinien oder Kriterien einer Bank für die Kreditgewährung) für [Unternehmenskredite \(inklusive Kreditlinien\)](#) im dritten Quartal 2022 weiter verschärft; per saldo meldeten 19 % der Banken eine solche Veränderung (siehe Abbildung 1). Die Vergaberichtlinien für [Wohnungsbaukredite an private Haushalte](#) wurden den befragten Banken im Euroraum zufolge per saldo erheblich gestrafft (Nettoanteil von 32 %), während die Vergaberichtlinien für [Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte](#) unter dem Strich eine geringere, aber immer noch ausgeprägte Verschärfung erfuhren (Nettoanteil von 21 %). Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Abkühlung und der zunehmenden Rezessionsbefürchtungen hatten die Risiken im Zusammenhang mit den Konjunkturaussichten wie auch hinsichtlich der branchen- oder firmenspezifischen Lage sowie die abnehmende Risikotoleranz der Banken eine deutlich verschärfende Wirkung auf die Kreditrichtlinien für Unternehmen. Im Zuge der anhaltenden geldpolitischen Normalisierung trugen auch die Refinanzierungskosten und die Bilanzsituation der Banken stärker als in der vorangegangenen Erhebung zur Verschärfung der Vergaberichtlinien für Kredite an Unternehmen des Euroraums bei. Für das vierte Quartal 2022 erwarten die Banken im Eurogebiet eine deutlich stärkere Straffung der Kreditvergaberichtlinien für Unternehmen. Überdies rechnen die Institute mit einer weiteren Verschärfung der Vergaberichtlinien für Wohnungsbaukredite und Konsumentenkredite.

Die [Bedingungen für die Neukreditvergabe der Banken insgesamt](#) (d. h. die in den Kreditverträgen vereinbarten tatsächlichen Kreditbedingungen) wurden im dritten Quartal 2022 sowohl bei Krediten an Unternehmen als auch bei Krediten an private Haushalte verschärft. Bei den Unternehmenskrediten

erfolgte dies über die Margen und anderen Bedingungen. Bei den Wohnungsbaukrediten und Konsumentenkrediten verengten sich die Margen (d. h. die Aufschläge auf einen relevanten Referenzmarktzins), obwohl sich die Bedingungen für die Neukreditvergabe unter dem Strich verschärften. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, dass die Referenzzinssätze stärker anstiegen als die Zinssätze für Kredite an private Haushalte.

Die befragten Banken meldeten für das dritte Quartal 2022 per saldo eine höhere [Nachfrage nach Unternehmenskrediten und Inanspruchnahme von Kreditlinien](#) (siehe Abbildung 2). Grund hierfür war abermals der Finanzierungsbedarf der Firmen für Betriebsmittel und Lagerhaltung. Dieser hing wiederum mit den höheren Produktionskosten, den aufgrund der rückläufigen Nachfrage steigenden Lagerbeständen und dem Vorsorgeverhalten angesichts der Lieferengpässe zusammen. Die Anlageinvestitionen hatten das zweite Quartal in Folge unter dem Strich einen dämpfenden Effekt auf die Kreditnachfrage der Unternehmen, was mit dem erwarteten Rückgang der Investitionstätigkeit im Einklang steht. Vor dem Hintergrund der geldpolitischen Normalisierung gaben die Banken erstmals einen negativen Beitrag des allgemeinen Zinsniveaus zur Kreditnachfrage an. Die [Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten](#) ging im dritten Quartal 2022 per saldo deutlich zurück. Auch die Nachfrage nach [Konsumentenkrediten und sonstigen Krediten an private Haushalte](#) verringerte sich unter dem Strich. Der Rückgang bei den Wohnungsbaukrediten war vor allem dem allgemeinen Zinsniveau und dem geringeren Verbrauchervertrauen geschuldet. Im vierten Quartal 2022 rechnen die Banken per saldo mit einer sinkenden Kreditnachfrage der Unternehmen und einer weiteren deutlichen Verringerung der Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten. Die Nachfrage nach Konsumentenkrediten dürfte den Erwartungen der Banken zufolge weniger stark, aber dennoch merklich abnehmen.

Der Zugang der Banken zur Finanzierung über Kundeneinlagen, über Verbriefungen und insbesondere auch über mittel- bis langfristige Schuldverschreibungen verschlechterte sich den Angaben der befragten Banken zufolge unter dem Strich im dritten Quartal 2022. Dies spiegelt die angespannteren Finanzmarktbedingungen für Banken im Kontext der anhaltenden geldpolitischen Normalisierung wider. Den Banken zufolge haben sich die Programme der EZB zum Ankauf von Wertpapieren im Zusammenhang mit der geldpolitischen Normalisierung und dem Ende der Nettoankäufe in den vergangenen sechs Monaten negativ auf ihre Liquiditätsposition, die Finanzierungsbedingungen am Markt und ihre Ertragslage ausgewirkt. Sie gaben per saldo an, dass der Zinssatz für die Einlagefazilität der EZB in den vergangenen sechs Monaten – in denen er zum Teil noch negativ war – einen zwar geringen, aber doch weiterhin positiven Effekt auf das Volumen der Kreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte hatte und abermals einen negativen Einfluss auf die Ertragslage der Banken ausübte. Laut den Angaben der befragten Institute hat der positive Effekt der dritten Reihe gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (GLRG III) auf ihre Finanzlage und das Kreditvolumen im Vergleich zur

vorhergehenden Erhebung nachgelassen. Auch der lockernde Einfluss der GLRG III auf die Kreditbedingungen für Unternehmen und private Haushalte fiel geringer aus.

Die viermal im Jahr durchgeführte Umfrage zum Kreditgeschäft wurde vom Eurosystem entwickelt, um einen besseren Einblick in das Kreditvergabeverhalten der Banken im Euroraum zu gewinnen. Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Ergebnisse der Umfrage vom Oktober 2022 auf Veränderungen im dritten Quartal 2022 sowie auf Veränderungen, die für das vierte Quartal 2022 erwartet werden. Die Befragung wurde vom 16. September bis 4. Oktober 2022 durchgeführt. An der Umfrage nahmen 153 Banken teil. Die Rücklaufquote lag bei 100 %.

Medianfragen sind an [Silvia Margiocco](#) zu richten (Tel. +49 69 1344 6619).

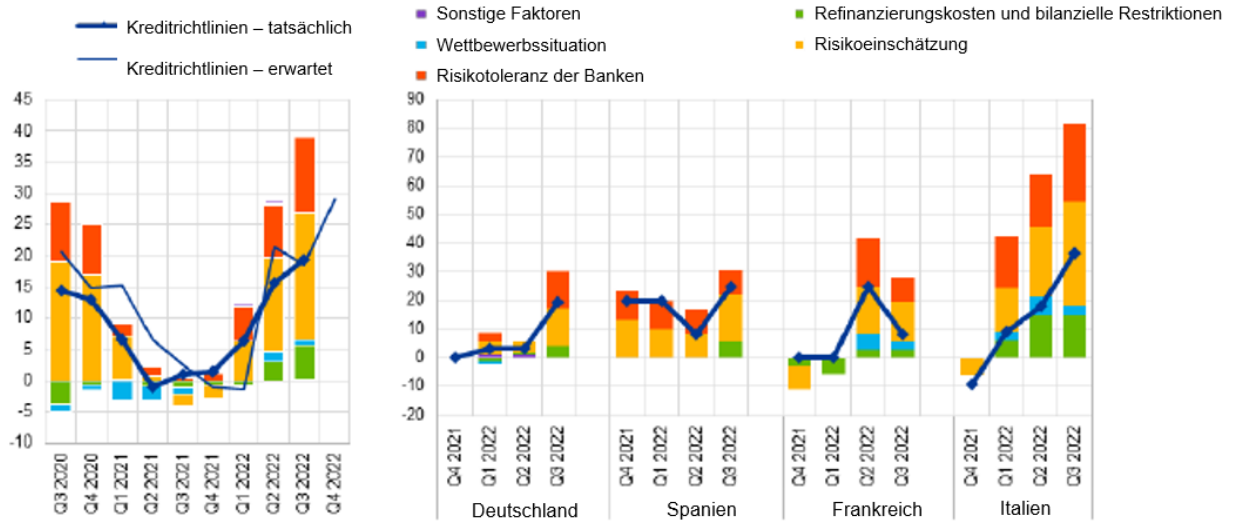
Anmerkung

- Ein **Bericht zur Umfrage** kann [hier](#) abgerufen werden. Auf dieser Website finden sich auch der Fragebogen, ein Glossar und ein Handbuch zur Umfrage mit Informationen zu den Datenreihenschlüsseln.
- Die **Datenreihen für das Euro-Währungsgebiet und die einzelnen Länder** sind über das [Statistical Data Warehouse](#) der EZB abrufbar. Der Zugang zu den von den jeweiligen nationalen Zentralbanken veröffentlichten nationalen Ergebnissen findet sich [hier](#).
- **Nähere Informationen** zur Umfrage zum Kreditgeschäft finden sich in: P. Köhler-Ulbrich, H. Hempell und S. Scopel, [The euro area bank lending survey](#), Occasional Paper Series der EZB, Nr. 179, 2016.

Abbildung 1

Veränderung der Kreditrichtlinien für Unternehmenskredite (inklusive Kreditlinien) und Einflussfaktoren

(prozentualer Saldo der Banken, die eine Verschärfung der Kreditrichtlinien meldeten, und Einflussfaktoren)



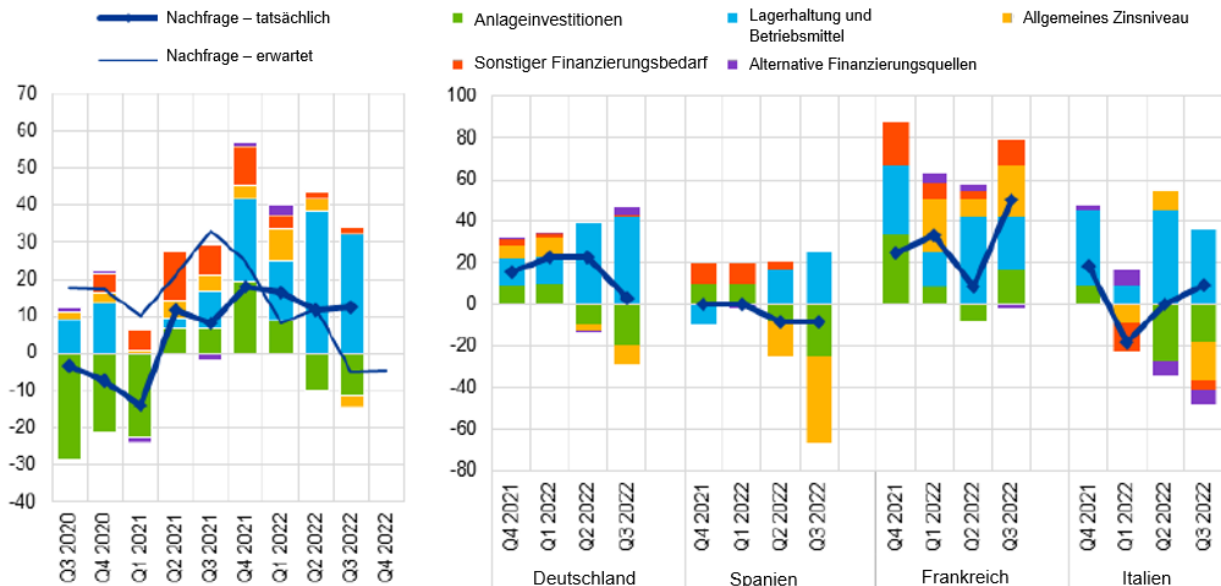
Quelle: EZB (Umfrage zum Kreditgeschäft).

Anmerkung: Der prozentuale Saldo ist definiert als die Differenz zwischen der Summe der jeweiligen Anteile (in Prozent) der Banken, die mit „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ antworteten, und der Summe der Anteile (in Prozent) der Banken, die „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ angaben. Die Position „sonstige Faktoren“ umfasst etwaige weitere Faktoren, die den Banken zufolge einen Einfluss auf die Kreditrichtlinien hatten.

Abbildung 2

Veränderung der Nachfrage nach Unternehmenskrediten (inklusive Kreditlinien) und Einflussfaktoren

(prozentualer Saldo der Banken, die einen Anstieg der Nachfrage meldeten, und Einflussfaktoren)



Quelle: EZB (Umfrage zum Kreditgeschäft).

Anmerkung: Bei den Fragen zur Kreditnachfrage ist der prozentuale Saldo definiert als die Differenz zwischen der Summe der jeweiligen Anteile (in Prozent) der Banken, die mit „deutlich gestiegen“ und „leicht gestiegen“ antworteten, und der Summe der Anteile (in Prozent) der Banken, die „leicht gesunken“ und „deutlich gesunken“ angaben.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation

Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland

Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.